

wagen Mißbrauch entgegen zu arbeiten. In dieser Beziehung nehme ich einen anderen Standpunkt ein als meine politischen Freunde (die Frei-Conserwativen), indem ich in der Lage bin, den Entwurf mit dem Amendement Laster zur Annahme zu empfehlen. — Redner führt aus, daß die Verhandlung über diese Frage von allen Arbeitern mit Aufmerksamkeit verfolgt werde; es sei unmöglich, daß man das Recht auf Aufhebung des Coalitionsverbots anerkenne, aber dennoch dasselbe nicht gewähre. Im Uebrigen schließt er sich den Ausführungen des Abgeordneten Laster an.

Abg. Stumm (gegen den Antrag): Meine Bedenken gegen den vorliegenden Antrag sind zunächst formelle. Es erscheint mir zweifelhaft, ob die Ausdehnung desselben auf das Gefinde und die ländliche Bevölkerung zur Kompetenz des Reichstages gehört, da die Materie weber unter die im Art. 4 der Bundesverfassung festgestellten Gegenstände noch unter das Strafrecht fällt, denn zu letzterem können Sie unmöglich die Polizeistrafen rechnen, weil es sonst keinen Punkt in der ganzen Gesetzgebung giebt, der nicht der Kompetenz des Bundes unterliegen würde. Auch halte ich die Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen nur mit einer gleichzeitigen Reform der Gewerbegesetzgebung für zweckmäßig, weil sonst die nachtheiligste Rechtsunsicherheit auf dem gewerblichen Gebiete herbeigeführt wird. Wenn die durch das Gesetz zu bewirkenden Bestimmungen in den 23 verschiedenen Einzelverfassungen nicht speciell bezeichnet werden, so eröffnen sie der subjectiven Auffassung der einzelnen Staaten den weitesten Spielraum, da die Ansichten über die Tragweite des Antrages durchaus verschieden sind. Auch die Armen- und Arbeitergesetzgebung würde mit Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen einer durchgreifenden Veränderung bedürfen, da es doch unmöglich Ihre Absicht sein kann, die feierlichen Arbeiter auf Gemeindefestungen zu unterhalten, wie dies nach dem preussischen Recht der Fall sein würde.

Nicht geringer als diese formellen sind meine materiellen Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Zunächst vermisse ich in demselben die Bestimmung, daß die durch die Coalition festgesetzten Conventionalstrafen rechtsunverbindlich seien, sowie die Garantie des Schutzes, den die Minorität gegen die Majorität der sich coalitirenden Arbeiter finden muß. Durch die Annahme desselben würden Sie die Rechtsgleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht schaffen, sondern vernichten, da eine rechtliche Verfolgung auf Schadenersatz wegen Contractbruchs wohl gegen den Arbeitgeber, gewöhnlich aber nicht gegen den Arbeitnehmern mit Erfolg eingeleitet werden kann, und der erstere deshalb zum Schaden der Arbeiter gezwungen wäre, sich in einer durch Lohnabzüge geschaffenen Caution sicher zu stellen. Endlich werden Sie die Bedingungen einer weitgehenden Arbeitlosigkeit mit allen ihren Gefahren für Staat und Commune durch die Annahme des Gesetzes nur fördern. Was meine Stellung zu den eingebrachten Amendements betrifft, so kann ich in denjenigen der Nationalliberalen allerdings gewisse relative Verbesserungen nicht verkennen, doch werden die von mir angeführten Bedenken dadurch nicht beseitigt und ich kann für dieselben also nicht stimmen. Dasselbe gilt theilweise von dem Verbesserungsantrage des Abg. Reichensperger. Am nächsten stehe ich dem Amendement der Herren v. Dieß und v. Brauchitsch, weil in der Schöpfung von Fabrikarbeiter-Unterstützungs- und Pensionsklassen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Capital und Arbeit genährt wird, welches mir zur Lösung der socialen Frage viel wichtiger als Coalitionsfreiheit oder Consum- und Vorzugsvereine mit und ohne Staatshilfe erscheint. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag und als Zusatz zu demselben das Dieß'sche Amendement anzunehmen.

Abg. Waldeck (für den Antrag): Es würde überflüssig erscheinen, zur Vertiefung eines Antrages noch das Wort zu nehmen, welches im Princip von fast allen Rednern anerkannt ist, wenn man nicht jetzt daran gewöhnt wäre, eine Sache principiell anerkannt und doch praktisch als zur Ausführung nicht geeignet bezeichnet zu sehen. Ein Beispiel für diese Behauptung liefert der Redner, wenn er den Bundeskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersuchen und die Angelegenheit dadurch auf die lange Bank schieben will. Man hat zunächst verschiedene formelle Bedenken geltend gemacht, namentlich, daß die Sache hier noch nicht spruchreif sei: Mir scheint die Frage doch nicht neu. Diefelbe ist im preussischen Abgeordnetenhaus mehrmals zur Erörterung gekommen und vor Ihnen liegt ein daher stammender Gesetzentwurf vom 10. Februar v. J., dessen Annahme allerdings nicht den Absichten der heutigen Antragsteller entspricht. Es ist ferner unredlicher Weise die Kompetenz des Reichstages bestritten. Nachdem Sie die Beschränkungen aufgehoben, kann um so weniger bestritten werden, daß die Gewerbegesetzgebung, die mit dem Obligationsrecht aufs Innigste zusammenhängt, Ihrer Beurteilung unterliegt. Die Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen ist aber auch ein notwendiges Correlat zu der Freiheit des Reichstages, denn Arbeit und Capital bedürft eng zusammen und ein zwischen Beiden herrschender Krieg ist eine Fiction, die wir auf der linken Seite bekämpfen haben. Wenn wir den bestehende Klassen die Freiheit gewähren, so muß sie um so mehr dem Arbeiter werden, als sie in den Einzelverfassungen mit dem Vereinsrecht eigentlich schon gewährleistet ist.

Wenn die Arbeiter in einer Coalition zur Erzielung eines höheren Lohnes zusammentreten, und sie erreichen ihren Zweck, so liegt darin ein Beweis dafür, daß ihre Forderung in den socialen Verhältnissen begründet war; mislingt ihr Unternehmen, so haben sie als majoritäre Männer die Folgen ihrer That selbst zu tragen. Dasselbe Verhältnis, wie das des Herrn zum Sklaven ist das des Reiches gegen den Armen, wenn das Recht des Stärkeren proclamiert wird. In den Beschränkungen der Coalitionsfreiheit liegt aber ein großer Mißbrauch, durch den der Reiche und Starke den Armen oder Schwachen in seinem Interesse zur Arbeit zu zwingen im Stande ist. — Das Amendement, welches die ländliche Bevölkerung und das Gefinde von den Bestimmungen des Gesetzes ausnehmen will, kann ich nicht billigen, sondern wünsche auch diese allen anderen Theilen der Bevölkerung gleichgestellt. Man hat als Gründe für die Aufrechterhaltung der Beschränkungen noch angeführt, daß es in schlimmen Zeiten an Arbeitern fehlen könnte; vor der Majestät des Reiches, meine ich, müssen selbst alle solche Zweckmäßigkeitsregeln weichen, und eine Arbeit, von widerwilligen Arbeitern verrichtet, kann für keinen Theil ersprießlich sein. In den von nationalliberaler Seite eingebrachten Amendements sehe ich keine Verbesserung; die Tendenz derselben geht nur dahin, die Aufhebung der Beschränkungen abzuschwächen. Ich bitte Sie, den ursprünglichen Antrag pure anzunehmen.

Abg. Redeker: Ich gebäre zu denen, die die ländliche Bevölkerung und das Gefinde von den Bestimmungen des Gesetzes auszunehmen wünschen. Die Verhältnisse beider von denen der Fabrikarbeiter sind zu verschieden, um über einen Stamm gesprochen werden zu können. Wenn die letzteren krank sind, so wende man Medicin an, nicht aber auf gesunde Verhältnisse, wie wir sie mit geringen Ausnahmen beim Gefinde noch haben. Solche Ausnahmen heilt man am besten durch Hausmittel, nicht durch die lateinische Küche. Man schleudert nicht den Brand der Zwietracht in bisher friedliche Verhältnisse, und man wird dem Gesetzentwurf selbst den weitestgehenden Dienst leisten. Durch unbedingte Annahme desselben bereiten Sie dem Betriebe der Landwirtschaft geistlich Schwierigkeiten, ohne zu bedenken, daß Sie durch Unterstützung der Landwirtschaft, des Brodtbrotums in des Wortes verwegener Bedeutung, ihren Schützlingen, den Arbeitern selbst durch billige Nahrungsmittel zu Hilfe kommen; diese Unterstützung wird besser sein, als durch künstliche Mittel einen höheren Lohn zu erzwingen. Vergessen Sie nicht in Ihrem Rednergewirr die wichtigsten Factoren, sonst erhalten Sie ein unrichtiges Fact.

Präsident Delbrück: Wenn ich hier meine Ansicht über die vorliegende Frage ausspreche, so thue ich dies nicht als Organ des Bundesrathes, sondern es ist das meine persönliche Meinung, die ich als Mitglied desselben vertrete. Ich kann mich der Reihe von Rednern, welche für eine Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen gesprochen, nur anschließen. Die Erörterungen im preussischen Landtage und in der von der preussischen Regierung für diesen Zweck besonders berufenen Commission, so wie die Erfahrungen, die im Auslande mit der Coalitionsfreiheit gemacht worden sind, haben mich zu dem festen Ueberzeugung gebracht, daß die Zeit für eine Aufrechterhaltung der Beschränkungen vorüber sei. Dennoch kann ich mich dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht anschließen, da ich den vorliegenden Gegenstand für die Bundesgesetzgebung noch nicht reif halte. Nicht deshalb bin ich dagegen, weil der Artikel 1 des Entwurfs eine Kompetenz-U.verschiebung enthielte — diese könnte leicht beseitigt werden, auch nicht deshalb, weil der Entwurf die früheren Bestimmungen zum Schutze der Minorität einer Arbeiter-Coalition vermissen ließe — auch diesem Uebelstande konnte durch Amendment leicht abgeholfen werden, sondern weil das Gebiet der Gewerbegesetzgebung, auf welches das Gesetz übergreift, für die Verhandlung durch den Bund noch nicht geeignet ist. Der Abg. Waldeck führte vorher aus, daß der Gegenstand nicht neu, daß er genägend im preussischen Abgeordnetenhaus erörtert sei. Es ist dies für Preußen richtig, und hier würde die Durchführung des Gesetzes leicht zu machen sein, für die Gewerbegesetzgebung der übrigen Bundesstaaten aber ist der Gegenstand durchaus neu.

Ich präferiere nicht, die betreffenden Gesetze aller dieser 23 Staaten genau zu kennen, und glaube auch kaum, dies von einem Mitgliede dieses Hauses voraussetzen zu können. Sie beschließen deshalb durch Annahme des Entwurfs, mit oder ohne das Laster'sche Amendement Etwas, dessen Tragweite Sie zu übersehen noch nicht im Stande sind. Nur einige Punkte will ich hervorheben. Ich will als zugegeben voraussetzen, und man hat von dem noch von keiner Seite widersprochen, daß die Mannschait auf Seeschiffen von den Bestimmungen des Gesetzes ausgeschlossen ist; außerdem giebt es aber eine Reihe

von anderen Bestimmungen, die Sie theilweise befechtigen, theilweise aufrecht erhalten beabsichtigen. Da Sie nun nicht alle abzuändernden Gesetzesparagrafen sämmtlicher Einzelverfassungen anführen können, so müssen Sie sich — wie Sie dies gethan, — mit dem allgemeinen Ausdruck begnügen, daß die entgegenstehenden Paragrafen aufgehoben werden. Dadurch aber wird das Gesetz theils weiter, theils enger als Sie selbst wünschen. Die Annahme desselben ist mühsam unzulässig, ohne daß Sie Einschnitte in die Gewerbeordnung machen, die noch nicht zu übersehen sind. Ich bitte Sie daher, den Antrag für jetzt fallen zu lassen, um so mehr, da ich zu wissen glaube, daß dem nächsten Landtage ein neues Gewerbegesetz vorliegen wird, welches die Coalitionsbeschränkungen beseitigt und alle daraus folgenden Konsequenzen genügend berücksichtigen wird.

Vizepräsident v. Bennigsen übernimmt den Vorsitz. Abg. Dr. Löwe (für den Antrag): Es ist ein Irrthum, wenn man unferm Gesetzentwurfe die Absicht beilegt, eine neue Ordnung zu schaffen; nein, er hat nur das negative Verdienst, Hindernisse wegzuräumen und eine gewisse Summe von Verhältnissen gegen den Staat sicher zu stellen. Nun sagt uns der Herr Präsident des Bundeskanzleramts: wir sollen warten, bis die neue Gewerbeordnung kommt, in der die Coalitionsverbote aufgehoben sein werden. Aber so erfreulich die Aussicht ist, daß diese neue Gewerbeordnung nichts ordnen, sondern nur das natürliche Recht der Menschen, sich ihre Existenz zu schaffen, unverändert lassen wird, so darf uns das doch nicht abhalten, der zukünftigen Bundesgesetzgebung gutes Material zu liefern und zur Beseitigung bestehender Hindernisse auch ohne vollkommene Kenntniß der Gewerbegesetzgebung der Einzelnen aufzufordern. Wir haben mit einem solchen Akt weder zu weit, noch treffen wir zu nahe. Machen wir doch die Probe des Verhältnisses der Mehrheit dieses Hauses zum Bundesrathe und liefern ihm brauchbare Vorarbeiten für seine Arbeiten. — Was die Amendements betrifft, die für einzelne Gewerbe und Dienstverhältnisse Ausnahmen statuiren wollen, so bringt diese Ausschließung um den Segen der Verbotsaufhebung, der gerade in seiner Allgemeinheit besteht und durch die Freiheit, die sie gewährt, nicht den Krieg Aller gegen Alle nährt, sondern die allgemeine Harmonie beruht, wie sich in der Ruhe auf gerader Fläche eine ständige Masse in's Gleichgewicht setzt, die Freiheit, von der Emerson sagt, daß sie die Atome zum Leben zusammenfügt.

Herr Wagener überläßt sich der trübten Vorstellung, daß das Handwerk zu Grunde gehe, auf Anlaß einer Vorlage, die den Namen des Abg. Schulze trägt, des Mannes, der, wie keiner, das Mittel gezeigt hat, das Handwerk zu erhalten, nämlich durch Genossenschaften. Beschwerden sind das Handwerk in England, verdrängt in Amerika, wo es eigentlich nie recht begründet war, verdrängt in Frankreich und Belgien, weil ihm in diesen Staaten nicht die rechte Freiheit gewährt wurde durch Genossenschaften, dem kleinen Mann Kapital zuzuführen. (Widerpruch rechts.) Dem Abg. Redeker erwidere ich, daß wir nicht gesunde Verhältnisse curiren und in sie hineinsuchen wollen, sondern daß die gesunden ländlichen Verhältnisse auch nach Annahme unseres Gesetzes sich selbst und ihrer Gesundheit überlassen bleiben sollen. Nur soll er sich nicht wundern, wenn die Freiheit Polizeibestimmungen beseitigt, die ihm so lästig fallen können, wie jedem andern. Dem Volke sind wir noch immer den ersten Beweis schuldig, daß wir ihm neben der Vermehrung der Lasten in dem neuen Bunde zu einem Dienste verhelfen, den er in dem alten nicht hatte, das Recht seine Lage innerhalb der Grenzen des Sittengesetzes zu verbessern.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) zu einer persönlichen Bemerkung: Der Abgeordnete Wagener hat meine Citate und meine Vaterstadt wohl bewußt und hätten manche Mängel unseres Entwurfs vermeiden können, wenn man ihn nicht in die Vorbereitung geworfen, sondern an eine Commission gewiesen hätte. Gleichwohl fährt er besser zum Zweck, d. h. er fährt sicherer zu einem legislatorischen Vorgehen seitens der Regierung, als eine Resolution, wie wir das im preussischen Abgeordnetenhaus in derselben Materie, sowie in der Genossenschaftsfrage erfahren haben und in der Hypothekens-Dankfrage ohne Zweifel wiederum erfahren werden. Also lassen wir uns nur ein Herz und gehen wir vor! — Der Staat hat an der Leistungsfähigkeit des Einzelnen das größte Interesse, folglich auch an seiner Freiheit, und was soll es heißen, den Mehreren zu verbieten, was dem Einzelnen gestattet ist, den höchsten Lohn für seine Arbeit zu suchen. Diese Bevormundung führt zu dem Anspruch an den Staat, daß er für die Existenz des Arbeiters einstehen soll und das Verbot selbst verschwindet nach der Erfahrung in den letzten Jahren bei großen Aufregungen wie Spreu vor dem Winde. Nun wird man zwar durch Strafen die Löhne nicht reguliren, aber Coalitionen setzen den Arbeiter in den Stand von der geeigneten Coniunctur des Geldmarktes in seinem Interesse Gebrauch zu machen, sie treten niemals ohne dringenden Grund auf und gewähren dann eine hülfreiche Verhinderung, die heute fehlt. Der Abgeordnete Wagener, der früher ein Agitationsmittel aus der Frage gemacht hat, rath heute zur Vertagung und muß, um diesen Widerspruch einzuwickeln und genesbarer zu machen, ein allgemeines System aufstellen. So habe ich seine Rede verstanden, obwohl ich sie gar nicht verstanden habe. (Heiterkeit.) Er hat die Productivgenossenschaften hineingezogen.

M. S., diese Bewegung ist in England im vollen Fluß. Aber man soll nicht sagen, mit dem Sparen sei es nicht. Im Jahre 1868 haben 532, also die Hälfte der Vorzugsvereine über 25 Millionen Vorschüsse gegeben, über 6 Mill. Ersparnisse und durch das Vertrauen des Publicums 19 Mill. Depositen aufgenommen. (Hört! hört!) Ganze Klassen haben sich nicht anders, als der Einzelne durch Ansammlung und Uebung derselben Kräfte und Tugenden. So nähern sich auch unsere Arbeiter allmählig dem großen Betriebe und zwingen die großen Unternehmer ihnen das Zugeständniß der Theilhabe an dem Reingewinn zu machen. Gerade eben so schufen die Zünfte im Mittelalter sich das mobile Capital, das sie selbständig machte. Einen Stand bilden wollen die Arbeiter nicht, die mehr den Unterschied der Stände aufheben. Der Abg. Wagener hat meine Warnung, die Bestie im Menschen nicht zu entfesseln, so citirt, als hätte ich sie ihrer Zeit gegen die Coalitionen ausgesprochen. M. S., ich habe diese Worte als Antragsteller für die Aufhebung der Verbote gesprochen und habe mich doch nicht selbst schlagen wollen. Herr Wagener behandelt die Frage als Magenfrage, er, der seiner Zeit jenes Programm aufgestellt hat, nach welchem das Capital immobilisirt, der Grundbesitz mobilisirt, das Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern feudalisiert werden soll. Die sociale Frage ist die Sphinx und hat wie ihr Räthsel, dieselbe Lösung: der Mensch, die Humanität!

Abg. Wagener: Der Herr Redner hat ein Programm citirt, daß er als das meine bezeichnet hat. Nun habe ich zwar nicht die Pflicht, Kinder zu betreten, die auf meinen Namen nicht getauft sind, und könnte daher überhaupt jede Erklärung ablehnen. Aber da ich in jenem ganzen Programm nur die „Feudalisierung des Verhältnisses von Arbeitern und Arbeitgebern“ als einen mir gehörenden Gedanken wiedererkenne, so frage ich Herrn Schulze, woraus er denn jenes Programm verlesen hat? Abg. Schulze: In den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom Jahre 1865 wurde jenes im Jahre 1855 aufgestellte Programm des preussischen Volksvereins ausdrücklich als ein solches bezeichnet, dem Herr Wagener, dessen Beziehungen zu jenem Verein bekannt sind, niemals widersprochen habe. (Hört! rechts.)

Abg. Wagener: Der preussische Volksverein existirte im Jahre 1855 noch gar nicht und ich vermute, daß hier eine Verwechselung mit einem dem verstorbenen Baron v. Hertefeld aufgestellten Programm vorliegt, dem gegenüber ich weder Vaterrechte noch Vaterpflichten habe. Herr Schulze hat mir eine Strafpredigt über meine Citate gehalten: er sollte mit der Correctur seiner Citationsmethode den Anfang machen.

Abg. Schulze: Ich bin völlig damit zufriedengestellt, daß der Abg. Wagener selbst den Gedanken, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber müsse feudalisiert werden, als den seinigen anerkennt. (Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Es wird nunmehr über die Anträge v. Dieß und Stumm abgestimmt; beide werden mit großer Majorität abgelehnt; für ersteren stimmte nur die conservativ-fraction, für den zweiten auch einzelne Frei-Conserwativen, Nationalliberale und Nationalliberale, u. a. v. Schwarztoppen.

Es folgt die Specialdiscussion. § 1 des Schulze'schen Entwurfs lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber oder Arbeiter sämmtlicher Gewerbszweige — einschließlich der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebs, der Stromschiffahrt, des Gefindes und Tagelohn-Dienstes — wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung

günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung bez Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“ Von den Abgg. Baehr und Gen. ist das Amendement gestellt, das Wort „Gefinde“ herauszuschneiden.

Vom dem Abg. Grumbrecht: hinter „Gewerbszweige“ hinzuzufügen: „mit Ausnahme der Seeschiffahrt“, und hinter „einschließlich“ einzuschalten: „jedoch“, und ferner die Worte: „Gefinde“ und „zu freiden.“

Vom Abg. Laster und Gen.: zu § 1 den Zusatz zu machen: „Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei und es findet aus letzterer weder Klage noch Einrede statt.“

Vom Abg. Reichensperger: dem § 1 folgendes Alinea hinzuzufügen: „Jeder Arbeiter oder Arbeitgeber ist befugt, sich durch eine schriftliche Erklärung bei dem Vereinsvorstande oder in Ermangelung eines solchen bei der Ortsobrigkeit von der Vereinigung und den gegen sie übernommenen Verpflichtungen für die Zukunft loszusagen.“

Abg. Dr. Schweiger: Die beiden Hauptrichtungen der Nationalökonomie, die liberale Bourgeoisie und der Socialismus, sind darüber einig, daß die Arbeitseinstellungen einen unmittelbaren praktischen Werth für die Arbeiter nicht haben, indem eine dauernde Lohnerhöhung dadurch nicht erzielt werden kann. Trotzdem haben sich die Arbeitseinstellungen trotz aller entgegenstehenden Verbote, überall da gezeigt, wo die Capitalverhältnisse eine gewisse Höhe erreicht haben. Die Arbeitseinstellungen sind die erste naturgemäße Form, in der die Arbeiter ihren Einfluß auf die Regelung der Lohnverhältnisse zur Geltung bringen. Sie geben dadurch den Beweis dafür, daß die Arbeiter mit den übrigen Gesellschaften nicht einseitige, sondern entgegenge setzte Interessen haben. Diese Arbeitseinstellungen zeigen sich überall. Die Frage ist bloß: Sollen sich diese Bewegungen regellos vollziehen und soll in's Erstes und gegen das Gesetz stattfinden? Andern können Sie es nicht; die Arbeitseinstellungen sind eine Nothwendigkeit; haben Sie sie nicht auf, so müssen Sie sie doch zulassen. Sie haben nur die Wahl, ob Sie sie in ruhiger, vernünftiger Weise vor sich gehen lassen oder ob Sie der Unordnung Lär und Thor öffnen wollen. Wenn Sie die Beschränkungen beibehalten, wird der Kampf der Arbeiter nur noch erbitterter.

Auch vom Standpunkte des Rechts ist die Annahme des Antrags durch aus erforderlich. Die Arbeit ist einmal — leider, sage ich — in unseren gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen eine Waare, und sowie es bei allen anderen Waaren freisteht, durch Vereinigungen z. den Preis in die Höhe zu treiben, muß es auch bei der Arbeit, dem eigentlichen Besitztum der großen Masse, der Fall sein. Und es ist auch Unrecht, hierdurch irgend eine Kategorie von Arbeitern auszunehmen; man darf keinem Menschen das Recht bestreiten, sein Besitztum zu verwerthen. Alle müssen hierbei gleichberechtigt sein, auch die Dienboten und ländlichen Arbeiter. (Redner beginnt nun in längerer Auseinandersetzung seinen bekannten socialen Standpunkt zu entwickeln, wird darin aber vom Präsidenten unterbrochen und darauf aufmerksam gemacht, daß er sich in der Specialdiscussion befinde und lediglich an § 1 zu halten habe.) Redner erklärt, daß er „nach dieser der Mehrzahl des Hauses gesetzlich sehr willkommenen Unterbrechung sich veranlaßt sehe, zu schließen, da man diese Frage nicht bruchstückweise behandeln könne und bittet um unteränderte Annahme des § 1.“

Abg. Keller erklärt sich im Allgemeinen mit § 1 einverstanden, hält ihn jedoch für unvollständig und bittet um Annahme der von ihm beantragten Resolution auf Einsetzung von Lohngerichten, welche die entsprechende Rüge ausfüllen sollen. Der Staat sei berufen, derartige Institutionen in's Leben zu rufen, da seiner Meinung nach der Staat keine bloße Versicherungsgesellschaft gegen Raub und Diebstahl sein dürfe. — Er spricht sodann sein Bedauern über die Erklärung des Bundes-Commissars aus, wonach wieder nur in Preußen zunächst ein Gewerbegesetz erlassen werden solle, während er den Erlaß eines allgemeinen Gewerbegesetzes für den ganzen norddeutschen Bund für wünschenswert halte.

Der Schluß der Discussion über § 1 wird angenommen. Abg. Schulze empfiehlt in erster Linie die Ablehnung sämmtlicher Amendements und eventuelle Annahme des Amendements Reichensperger.

Bei der Abstimmung werden die Amendements zu § 1 angenommen, ebenso der Laster'sche Zusatz, der Antrag Reichensperger abgelehnt. Der ganze § 1 mit den angenommenen Veränderungen (Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeiter oder Arbeitgeber sämmtlicher Gewerbszweige mit Ausnahme der Seeschiffahrt und des Gefindes, mit Ein- und Hüttenbetriebs, der Stromschiffahrt und des Tagelohn-Dienstes wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben. Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Verabredungen frei und es findet aus letzterer weder Klage noch Einrede statt“), wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 70 Stimmen angenommen.

- Dagegen stimmen die Abgg. Graf v. Arnim, v. Arnim-Heinrichsdorf, v. Arnim-Röschendorff, Auerwald, Graf v. Bassow, v. Below, Prinz Biron von Curland, v. Bismarck-Briest, v. Blandenburg, Graf v. Blumenthal, v. Bodelschwing, v. Brauchitsch (Eising), Graf v. Bredow, Bubenbergr, v. Bülow, v. Cranach, v. Davier, v. Denzin, v. Dieß, Graf zu Dohna-Findenstein, v. Eardstein, Eichmann, v. Eide, Graf zu Guleburg, v. Giesfeld, v. Franckenberg-Ludwigsdorf, Franz, Dr. Friedenthal, v. d. Goltz, v. Grafenitz (Gränberg), v. Hagemeister, v. Hellborn, v. Halleffem, v. Jagow, v. Jansen, v. Kalkstein, v. Karstedt, Graf v. Kewling-Rautenburg, Graf v. Kleist, Dr. Köster, Dr. Köster, v. Lud, Lude, Graf v. Maljan, Freiherr v. Molke, v. Rörser, Graf v. Pleßen, Dr. Popmann, Graf v. Pöckel, Frh. v. Romberg, v. Salzhedel, v. Schönig, Graf v. d. Schulenburg-Beegenhof, Dr. Frhr. v. Schwarztoppen, v. Schwandler, Graf Schwerin-Pugar, v. Seydewitz (Bittersfeld), v. Seydewitz (Rothenburg), v. Simon-Georgenburg, v. Steinmetz, Graf zu Stolberg-Wernigerode, Stumm, v. Thaden, Tolbiak, v. Treslow, Frhr. v. Vinde, Wagener (Reustettin), v. Waldow und Reichenstein, v. Wagsdorf, v. Weikel, v. Zehmen. — Für den Antrag stimmten u. A. die Abgg. v. Savigny, Präsident Dr. Simon, Graf Bethusy-Duc, Herzog v. Ujeff.

§ 2 nach dem Antrage Schulze lautet: „Ferner werden aufgehoben:

- 1) solche Beschränkungen, welche der Freiheit der Arbeitgeber in der Annahme von Arbeitern, sowie der Freiheit der Arbeiter in der Wahl der Arbeitgeber durch Forderung handwerksmäßiger Qualificationsnachweise noch entgegenstehen;
- 2) diejenigen Strafbestimmungen, welche gegen die im § 1 bezeichneten Arbeiter, wegen Verletzung der Arbeits- und Dienstverträge, andere, als die nach dem gemeinen, an dem betreffenden Orte geltenden Civilrecht den Contractbruch treffenden Folgen festsetzen.“

Vom Abg. Laster sind die Amendements gestellt:

- 1) An Stelle von § 2 Nr. 1 folgendes § 2 einzufügen: § 2. Jeder Gewerbetreibende und Arbeitgeber darf hinfert Gesellen, Schiffsen, Lehrlinge und Arbeiter jeder Art und in beliebiger Zahl halten. Gesellen sind in der Wahl ihrer Meister und Arbeitgeber unbeschränkt.
- 2) An Stelle von § 2 Nr. 2 zu setzen: § 3. Die Strafbestimmungen gegen die in § 1 bezeichneten Personen wegen Verletzung der Dienst- und Arbeitsverträge werden aufgehoben.

Unberührt hiervon bleiben diejenigen Landesgesetze, welche den Gerichten oder anderen Behörden die Befugniß ertheilen, aber die aus dem Dienst- oder Arbeitsvertrag entstandenen Streitigkeiten vorläufig zu entscheiden und ihre Entscheidung zu vollziehen.

Abg. v. Zehmen belämpft sowohl den Antrag Schulze, wie das Amendement Laster. Durch die Aufhebung aller Beschränkungen, ohne eine neue, werden den Arbeitern nur Nachtheile erwachsen. Man dürfe auch nicht Einzelnes herausgreifen, wie es die Antragsteller thun, sondern die Regelung der Verhältnisse auf das zu erwartende Gewerbegesetz verschieben.

Abg. Laster verteidigt sein Amendement. Abg. v. Vinde ist für Ablehnung des Antrages sowohl, wie des Amendements Laster. Man solle die Initiativ zu einem neuen Gewerbegesetz den Bundesregierungen überlassen.

Abg. Dr. Beder als Antragsteller bekräftigt die Fassung des § 2, stellt aber auch die Annahme des Laster'schen Amendements dem Hause anheim.

Die Discussion wird geschlossen. Beide Laster'sche Amendements zu § 2 werden angenommen, damit erledigt sich die Abstimmung über § 2 des Entwurfs. § 3 des Schulze'schen Entwurfs lautet: „Das gegenwärtige Gesetz gilt für den ganzen Umfang des norddeutschen Bundesgebietes. Alle damit in Widerspruch stehenden Verordnungen und Gesetzesbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten treten 14 Tage nach Publication desselben außer Kraft.“ Derselbe wird nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgeordneten v. Vermuth und Dr. Beder als § 4 angenommen.

Die Abstimmung über das Ganze wird erst nach erfolgter Zusammenstellung der vorgekommenen Änderungen stattfinden. Die Ueberschrift des Gesetzes lautet: „Gesetz über Coalitionen von Arbeitern und Arbeitgebern, sowie über die Aufhebung der Beschränkungen der freien Verwerthung der Arbeitskraft.“ Die Resolution Keller wird abgelehnt.

Frankreich.

* Paris, 12. Octbr. [Vorbereitungen zum Einmarsch der italienischen Armee in den Kirchenstaat. — Garibaldi. — Zustände in Rom.] Die Privat-Correspondenzen aus Florenz, die heute hier eingetroffen sind, lassen, so schreibt man der „R. Z.“, keinen Zweifel mehr darüber, daß das Einrücken der italienischen Armee in die päpstlichen Staaten eine fest beschlossene Sache ist. Der „Temps“-Correspondent sagt in dieser Beziehung, wie folgt: „Es ist augenscheinlich, daß die italienische Regierung sich zum Einmarsch in die römischen Staaten vorbereitet. Neue Truppen werden ohne Aufhören an die Grenze geschickt. Heute Nacht passirte hier wieder das 45. Regiment, um an die Grenze zu marschiren. Ich glaube, daß das General-Commando — es ist wahrscheinlich, daß Lamarmora den Oberbefehl übernimmt — sich immer noch in Correse befindet. Von der demselben zunächst liegenden Eisenbahnstation nach Rom gebraucht man 1 1/2 Stunde.“ Der „Temps“-Correspondent glaubt nicht, daß die Insurrection, die bis jetzt das Lösungswort hat: „Rom frei!“ oder „Rom und Italien!“ etwas gegen die Formel: „Rom, Italien und Victor Emanuel!“ einzuwenden haben wird. Er hält dies im Grunde genommen aber nicht für wichtig, weil die Insurrection bis zum Einrücken der italienischen Armee noch nicht Bedeutung genug erhalten haben wird, um ein Wort mitzusprechen zu können. „Die regelmäßige Armee“, so berichtet der „Temps“-Correspondent weiter, „wird vor den Thoren Roms (hier ist er im Widerspruch mit der „Presse“) halt machen. Dort wird die Idee kommen, dem Papste Rom und Civita-Vecchia nebst Weichbild zu garantiren. Der Garibaldianismus wird alsdann zu widersehen verurtheilt. Hier wirft sich die Frage auf, ob ungeachtet des Einmarsches der italienischen Truppen noch ein bewaffneter Kern der Insurrection vorhanden sein wird; dieses macht hier sehr besorgt, und darin liegt auch der Hauptgrund, weshalb man sucht, Garibaldi zu verhindern, Caprera zu verlassen.“ — Die officiösen Blätter haben die Instruction erhalten, die Lage der Dinge in Rom als nicht gefährlich darzustellen. So behauptet der „Standard“ heute, „daß die päpstlichen Truppen immer Sieger blieben, die Banden nähmen zwar zu, aber es sei ihnen nicht gelungen, irgend einen wichtigen Punkt zu besetzen“. In seinen römischen Privat-Correspondenzen schildert der „Standard“ Rom als vollständig ruhig und die Römer als von der treuesten Zuneigung für den heiligen Vater beseelt.

[Maßregeln Frankreichs gegen die römische Insurrection.] Höchst einflussreiche Persönlichkeiten, schreibt man gleichfalls der „R. Z.“, bekräftigen dem Kaiser und Rouher, die in Toulon ankommende Panzer- und Transport-Flotille ungefähr mit 12,000 Mann Landungstruppen nach Civita-Vecchia abgehen zu lassen. Heute verheißt man es sich nicht mehr, daß trotz der officiellen Nachrichten, welche von Aufseherungen in und um Rom in keiner Weise etwas wissen wollen, die Insurrection von Stunde zu Stunde größere Verhältnisse annimmt. Die Regierung ist im höchsten Grade unentschlossen, was zu thun sei, und schwankt von einer Entscheidung zur anderen, je nach den wechselnden Gesichtspunkten, die allertestlich als maßgebend austreten. Thatsache ist, daß die Vorbereitungen in Toulon auf's Neue veranlaßt sind, daß die Ordre, das Meer zu nehmen, augenblicklich ausgeführt zu werden vermag. Thatsache ist ferner, daß die Berichte officiöser französischer Agenten und Berichterstatter, deren, scheint es, das auswärtige Amt augenblicklich eine große Anzahl auf der Halbinsel unterhält, immer unverblümt die italienische Regierung der ärgsten Zweideutigkeit bezichtigen. Bewaffnete Banden wurden zwar, so melden sie, von der italienischen Armee regelmäßig ins Innere des Landes zurückgewiesen und so am Ueberschreiten der Grenzen verhindert — aber die sich dann zerstreuten Mitglieder dieser Banden können ohne Weiteres mit Waffen und Gepäck die Grenze passiren, wenn sie eben einzeln an derselben anlangen. Daß hieran etwas Wahres sein muß, beweist nicht nur die bekannte energische Anklage des Cardinals Antonelli, die überall größte Sensation hervorgerufen hat, das beweist auch die nicht mehr abzuleugnende Thatsache, daß die Aufständischen in der Provinz Viterbo sowohl wie in Frosinone an Zahl merklich zunehmen und schon jetzt der päpstlichen Armee viel zu schaffen machen. Frankreich soll bereits ernste Vorstellungen in Florenz gemacht haben, die vom Cabinet Rattazzi allerdings als unbegründet zurückgewiesen worden seien. Gewinnt aber hier die kriegerisch-clericale Partei schließlich die Oberhand, gehen Flotte und Expeditionen-Corps wirklich nach dem Kirchenstaate ab, so muß man sich auf ernste Conflictte gefaßt machen, von denen nur zu hoffen ist, daß sie Preußen nicht mit in ihren Strudel fortziehen. Rattazzi könnte dann kaum anders, als auch seinerseits in das päpstliche Territorium einrücken, und er wird dies um so eher thun, als ihm Crispi vor wenigen Tagen noch offen im Namen der parlamentarischen Linken erklärte, daß diese jetzt selbst gegen jeden Compromiß mit Frankreich stimmen und entschieden die römische Frage zum schließlichen Austrage gebracht zu sehen wünsche. Vielleicht, daß schon in der Stunde, in der ich dies schreibe, die entscheidenden Entschlüsse gefaßt worden sind; jedenfalls wird sich binnen 24 Stunden die Situation geklärt haben, da mehrere Chef-Redacteurs der der Regierung befreundeten Blätter eigens aufgefordert worden sind, sich morgen früh im Cabinet des Marquis de Mousnier im auswärtigen Amte einzufinden, um dort das neue Lösungswort entgegenzunehmen.

[Das Rundschreiben Antonelli's. — Intervention der katholischen Mächte. — Gerüchte.] Auf dem auswärtigen Amte wird behauptet, das Rundschreiben Antonelli's sei noch nicht angekommen; daß aber eines kommen wird, hielt man nicht für unwahrscheinlich. Die spanische Regierung hat wirklich einmal wieder eine gemeinschaftliche Intervention der katholischen Mächte sowohl in Wien als in Paris bekräftigt, selbstverständlich ohne Erfolg. Das Gerücht, die italienischen Truppen hätten heute die Grenze überschritten, daß auf der Börse verbreitet war, findet allgemeinen Glauben. Die „Presse“ meldet das Einrücken mit aller Bestimmtheit; diese Nachricht ist ihr aus der hiesigen Nunciatur zugekommen. Es geht ferner das Gerücht, das französische Geschwader sei zur Ausfahrt bereit; aber dieses Gerücht verdient wenig Glauben, es entspricht keineswegs den letzten amtlichen Nachrichten aus Florenz.

[Graf Sartiges] begehrt, auf seinen Posten zurückzukehren, er hielt jedoch vom Kaiser den Befehl, zu warten. — Prinz Humbert hat die Reise nach Florenz über München angetreten, weil die Ueberfahrt über den Mont Cenis in diesem Augenblicke sehr beschwerlich geworden ist.

[Garibaldi] hat, wie die „France“ meldet, einen neuen Versuch gemacht, von Caprera zu entkommen. Rattazzi trifft allerlei Maßregeln, „um die Garibaldi'sche Bewegung zu unterdrücken“. Die Truppenbewegungen dauern fort. Die „Liberté“ meldet, daß an der hiesigen Börse das Gerücht verbreitet war, die Italiener hätten heute Sonnabend früh 6 Uhr die päpstliche Grenze überschritten. Dieses Gerücht greift allem Anscheine nach den Ereignissen vor. Die Königin Isabella hat dem Papste wieder das Asyl auf den Balearen angeboten.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 15. Octbr. Die Commission für das Freizügigkeitsgesetz nahm den ersten Paragraph nach dem Amendement Braun unter Weg-

An Stelle des Abgeordneten Camphausen, der verhindert ist, wird zum Correspondenten über die Militärcorventionen der Abgeordnete Stabenhagen (Halle) ernannt. Schluß 4 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. L. D.: 1) Präsidienwahl; 2) definitive Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Nationalität der Kaufahrtschiffe und den heutigen Schulze'schen Entwurf; 3) Wahlprüfungen.

Berlin, 14. Oct. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Director der Kreisgerichts-Deputation zu Arnswalde, Kreisger. Rath Wackermann, den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kreisger. Rath a. D. Neubaur zu Naumburg a. d. S. den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Cantor und Lehrer Stempner zu Reib den Adler der vierten Klasse des königl. Hausordens von Hohenzollern, und dem fäh. Schullehrer Grabensee zu Baderich, im Kreise Neuß, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; dem Sec.-Rat. im Garde-Fusaren-Regt., Willy v. Esbed, die Führung des Namens v. Esbed genannt v. Platen gestattet; den außerordentlichen Professor in der theologischen Facultät der theologischen und philosophischen Akademie in Münster, Dr. Joseph Schwane, zum ordentlichen Professor in derselben Facultät; und den in der landwirthschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungs-Assessor Wettendorf zu Brilon zum Regierungs-Rath ernannt.

[Bekanntmachung.] Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 24. v. M. bestimme Ich, daß die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens vom 15. October d. J. ab von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten mit den von demselben, als Chef des Post- und Telegraphenwesens bisher getriben Befugnissen auf den Präsidenten des Staatsministeriums übergehe und unter dessen Verantwortlichkeit im Zusammenhange mit der vom 1. Januar d. J. ab dem Bundeskanzler zustehenden Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens des norddeutschen Bundes, bearbeitet werde. Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Ges.-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Schloß Mainau, den 28. September 1867.

(gez.) Wilhelm. Graf v. Bismarck-Schönhausen, Frhr. von der Heydt u. L. W. Der königl. Kreisbaumeister Rose zu Kosen ist zum königl. Wasser-Bau-Inspector ernannt und demselben die Wasser-Bau-Inspector-Selle zu Frankfurt a. D. verliehen worden. — Der königl. Kreisbaumeister Haarmann zu Bochum ist zum königl. Bau-Inspector dafelbst ernannt worden.

Der Rechtsanwalt Lütke in Wiltzer ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wiltzer, ernannt worden. — Der Rechtsanwalt Bredt in Trittau ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Trittau, ernannt worden. — Der prakt. Arzt Dr. Hoffert zu Bügitz ist zum Kreis-Physikus des Kreises Carlsruhe ernannt worden.

Dem Professor der Anatomie und Pathologie Ludovico Brunetti zu Padua ist unter dem 11. October d. J. ein Patent auf ein Verfahren zur Confevirung animalischer Stoffe zu anatomischen Zwecken auf fünf Jahre ertheilt worden.

[Der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich.] Die westlichen Blätter halten an den Gerüchten fest, wonach eine Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich zu erwarten wäre. Das „Frk. Journ.“ schreibt:

„Die von unserem Berliner Correspondenten als Gerücht gebrachte Mittheilung von der bevorstehenden Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser Franz Joseph in Baden-Baden wird uns heute von Karlsruhe aus in ganz positiver Weise bestätigt. Wie unser Karlsruher Correspondent meldet, soll auch der preussische Thronfolger der Zusammenkunft beiwohnen. Für den Kaiser von Oesterreich und den Kronprinzen wird bereits im großherzoglichen Schlosse zu Baden-Baden Quartier besorgt, während der König von Preußen dafelbst seine frühere Wohnung im Wetzner'schen Hause beziehen soll.“

[Der Disciplinarhof für nicht richterliche Beamte] ist für die 3 Jahre vom 1. September 1867 bis dahin 1870 wie folgt, zusammengesetzt: Präsident: der erste Präsident des Ober-Tribunals, Staatsminister a. D. Uhden. Mitglieder: der General-Auditeur Fleck, der Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath und vortragende Rath im Finanzministerium v. Könen, Ober-Tribunalsrath Dr. Frhr. v. Seckendorff, Ober-Tribunalsrath Woltemas, Ober-Tribunalsrath Dr. Kuhne, Geh. Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Schöde, Geh. Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Graf v. Schlieffen, Ober-Tribunalsrath v. Bangerow, Geh. Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium des Innern, Ribbeck, und Geh. Justizrath und vortragender Rath im Justizministerium Krüger.

Kiel, 12. Octbr. [Sr. Maj. Schiff „Augusta“], Commandant Corvetten-Kapitän Kunderling, lief gestern Abend, von Danzig kommend, hier ein und ging dem Marinepost gegenüber vor Anker. Das Panzerboot „Arminius“ ging heute Morgen nach Friedrichs-ort, um dort, unter Leitung des Stationschefs Bothwell und des Marinepost-Directors Capitän Klatt, Schießübungen mit den neuen 73pfdigen Kanonen abzuhalten.

□ Aus Nordschleswig, 12. Oct. [Die Abtretung Christiansfelds an Dänemark.] Es wird in weiten Kreisen Bestürzung erregen, zu hören, daß Christiansfeld, wo die deutschen Herrnhuter ihre Bräuerhaus haben, von dem Schicksal der Rückabtretung an Dänemark bedroht ist. Die Herrnhuter haben ihrer ganzen Art und Lehre gemäß nie besonders leidenschaftlich für Deutschland Partei genommen, aber an ihrer Gesinnung kann gleichwohl kein Zweifel sein. Durch die Bande religiöser Gemeinschaft sowohl als durch Bildung und nationale Sympathie hängen sie mit Deutschland innig zusammen. Wird dieses sie jetzt von sich stoßen? Was auch die augenblicklichen Intentionen der Regierung sein mögen, es würde wohl nicht ohne Eindruck auf sie bleiben, wenn sich aus dem Schoße der Nation zahlreiche und kräftige Stimmen erheben, die die Erhaltung dieses wesentlich deutschen Ortes bei Deutschland fordern.

Frankfurt a. M., 14. Octbr. [Zusammenkunft.] Am nächsten Freitag wird der Kaiser von Oesterreich hier erwartet; derselbe wird hier mit dem König von Preußen zusammentreffen. (W. B. 3.)

Italien.

Florenz, 10. Octbr. [Vorbereitungen zum Einrücken in den Kirchenstaat.] Herr Rattazzi, schreibt man der „R. Z.“, hat an den Commandeur Nigra eine Depesche geschickt, in welcher er sich sehr lobenswerth über dessen Auftreten auspricht. Inzwischen bereitet unsere Regierung sich auf alle Fälle vor, auch auf das Einrücken der italienischen Truppen in den Kirchenstaat. Neue Truppen werden unabhörllich an die Grenzen geschickt. Diese Nacht noch ist das 45. Linien-Regiment in dieser Richtung hier durchpassirt. Ich glaube, daß das General-Commando dieser Truppen für den Norden noch immer in Poggio Mirteto ist. Von der nächsten Station bei Poggio Mirteto bis Rom sind 1 1/2 Stunde mit der Eisenbahn. Alle Zeitungen ohne Ausnahme proclamiren die Nothwendigkeit, nach Rom zu gehen ohne Verzug. Zwei von den Garibaldi'schen Unternehmungen sonst sehr entfernte Blätter, die „Italia“ und die „Perseveranza“, haben seit einigen Tagen hinsichtlich der römischen Frage eine entschlossene Haltung angenommen, was Beachtung verdient. Die Insurgenten werden (wie schon gemeldet) Dr. R. commandirt von Menotti Garibaldi, der die Grenze als Priester passirte und deshalb seinen Schnurrbart opferte. Die Journale veröffentlichen gestern Abend, daß alle Offiziere römischen Ursprungs, welche sich ihre Freiheit zu handeln, vorbehalten wollten. Diese Nachricht scheint eher ein Aufruf zu sein als eine Thatsache, die aber in Erfüllung gehen könnte, wenn sich die italienischen Truppen nicht beeilen, nach Rom zu gehen. — Die Desertionen italienischer Soldaten an der Grenze zu den Garibaldianern sind ziemlich zahlreich geworden.

lassung der Bestimmungen über die Gewerbefreiheit an, so daß nur das Recht der Niederlassung, des Geschäftsbetriebes und des Erwerbes des Grundeigentums freigegeben wird. (Wolff's L. B.)

Carlruhe, 14. October. Abgeordnetenkammer. Auf die Interpellation bezüglich der Aeußerungen Hohenzollern's in der letzten Kammerrede erklärt der Minister Freydorf: Die zu Anfang des Sommers zwischen den Südstaaten gepflogenen Verhandlungen über die Bildung eines weiteren Bundes mit dem Nordbunde führten nur zur Verständigung über Einleitungen zu Verhandlungen mit dem Nordbunde, nicht zur völligen Ausgleichung differirender Ansichten über die Verfassungsgrundlagen des anzustrebenden Bundes. Baden hatte sich über die Beziehungen zu Oesterreich nicht geäußert. Hohenzollern's persönliche Ansicht über die nähere Verbindung der einzelnen Südstaaten mit dem Nordbunde beruhte nur auf der von der bekanntesten Ansicht Badens abweichenden Auslegung des Prager Vertrages und auf der allgemeinen Anschauung über die Lage der Dinge in Mitteleuropa.

Freydorf schließt: Die Regierung glaubt, daß der Augenblick kommen werde, welcher den Südstaaten gestatte, als vollzählende Glieder dem sich neugebildenden Deutschland anzuschließen; die Regierung ist bemüht, durch Handlungen Voraussetzungen zu schaffen, welche unfer Land berechtigen werden, die nationale Einigung zu verlangen. Sie wird sich aber glücklich schätzen, wenn die Einigung mit dem Norden in Gemeinschaft mit den Nachbarn südlich des Rheins erfolgen kann und wird bis dahin stets wie in den fraglichen Verhandlungen zu jedem einleitenden Schritte mit den übrigen süddeutschen Regierungen bereit sein. (Wolff's L. B.)

Hamburg, 14. Octbr. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft, welche wegen der unzureichenden Anzahl der Mitglieder beschlußunfähig blieb, erklärte der Vorsitzende Ruhnardt, daß er das Präsidium niederlege. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Adresse entworfen, welche den bisherigen Präsidenten um Zurücknahme seines Entschlusses ersucht; die Adresse fand zahlreiche Unterschriften.

München, 15. Oct. Ein Telegramm der „Südd. Presse“ aus Wien meldet: Hübner kehrt nicht aus Rom zurück. Die ministerielle Antwort auf die Bischofsadresse erhält einen entschiedenen Tadelspassus wegen der Uebergehung des verantwortlichen Ministeriums. (Wolff's L. B.)

Florenz, 14. Octbr. Die Päpstlichen griffen Menotti bei Nerola an, wurden aber zurückgeschlagen; sie zogen auf Montemuggiore. Die Schaaeren Menottis erhalten weiteren Zuzug.

Die „Opinione“ vertheidigt die Haltung der Regierung und sagt: ungeachtet der Drohungen der Intervention werde man in den Kirchenstaat einrücken müssen, wie es die Interessen des Vaterlandes, der Ordnung und der Freiheit fordern. (Wolff's L. B.)

Vorträge und Vereine.

=ch= Dypeln, 10. Octbr. [Waterländischer Frauenverein. — Feuerlösch- und Rettungsverein.] Da die in Folge früherer Anregung eingegangenen Beiträge eine Vertheilung darboten, welche die Lebensfähigkeit des zu gründenden „Waterländischen Frauenvereins“ hoffen ließen, so war für gestern Nachmittag zur Constatirung des Vereins u. eine Versammlung der Mitglieder ausgeschrieben. Nach den von derselben gefaßten Beschlüssen ist nunmehr der Verein constituirt; der gewählte Vorstand besteht aus den Damen, Frau Regierungs-Präsident von Viebahn, Frau Superintendent Krieger, Frau Arrendator Friedländer und Frau Director Keymann; Herr Regierungs-Rath Neugebauer ist als Schriftführer und Rentant und Herr Amts-Inspector Keil als dessen Stellvertreter gewählt. Für die vorangegangenen drei Monate sind nach Abzug der Colportage-Kosten bereits 45 Thlr. 15 Sgr. eingegangen, welche jünbar angelegt werden sollen. Tendenz des Vereins ist, ohne Unterschied der Religion in Kriegzeiten alle zur Fürsorge für die Verwundeten und Kranken im Felde dienenden Einrichtungen zu fördern und die zurückgebliebenen Familien zu unterstützen, in Friedenszeiten aber außerordentliche Nothstände, welche durch ansteigende Krankheits- und Ueberfüllungen, große Eisenbahn-Unfälle oder auf andere Art eintreten, zu lindern. Die Thätigkeit des Vereins umschließt zunächst die Stadt und den Kreis Dypeln; jedoch tritt er als Zweigverein zu dem unter Protection Ihrer Majestät der Königin stehenden Berliner Haupt-Verein und zu den übrigen Zweig-Vereinen in ein verträgliches gegenseitiges Verhältnis, das er gegen Ueberweilung einer Quote seiner Einnahmen (mindestens den 10. Theil) an den Hauptverein, in außerordentlichen Fällen auch eine Beihilfe des letzteren und hierdurch mittelbar auch der übrigen Zweigvereine in Anspruch nehmen darf. — Die heut Nachmittag nach 5 Uhr erfolgte Einweihung des aus der Fischerei neu errichteten dreistöckigen Übungsgebäudes für uneren aus mehr denn 170 activen Mitgliedern bestehenden Feuerlösch- und Rettungsverein hatte ein äußerst zahlreiches Publikum herbeigelockt. Nachdem der Verwaltungs-Director, Herr Justizrath Wizenbusen, in längerer Ansprache der gedeihlichen Entwicklung des wohlthätigen Instituts, seiner Gründer, der Municipality der städtischen Behörden und aller Derer, welche ihre erfolgreiche Beihilfe dem zur Ausbildung der Feuerwehre unentbehrlichen Bauwerke gewährt, gebührend gedacht hatte, übergab er das letztere dem um den Verein durch mehrjährige Hingebung wohlverdienten technischen Director, Herrn Maurermeister Münzer, welcher alsbald sein Commando eintreten ließ und unter Annahme des Jales, daß in dem zweiten Stockwerke des Gebäudes Feuer ausgebrochen, im untern Stockwerke Sachen, im dritten aber Menschen zu retten seien, die nöthigen Befehle an die Feuerwehre erließ. Wir geben nur der allgemeinen Stimme Ausdruck, wenn wir die hierauf an den Tag gelegte exacte Thätigkeit unserer modernen Feuerwehre, die gewandte Handhabung der Steiger-, Rettungs- und Abschapparate auf das Lobenswerthe anerkennen. Das Feuer ward durch bengalische Flammen im zweiten Stockwerke dargestellt, wodurch das an sich schon interessante Bild noch mehr an Lebendigkeit gewann. Eine nach der Uebung in Pringsheim's Brauerei stattgehabte gefellige Zusammenkunft erquickte nach den gehaltenen Anstrengungen die braven Mannschaften mit trefflichem Gerstenjaß.

Eisenbahn-Zeitung.

□ Raubten, 11. Oct. Die in Nr. 467 dieser Blätter ausgesprochene Hoffnung, daß durch Auffindung einer neuen Linie Poltmis-Gransichs das Zustandekommen der Liegnitz-Grünberger Eisenbahn gesichert sei, beruht auf theils irrthümlichen, theils unsicheren Voraussetzungen. Es ist ein Irrthum, wenn man glaubt, daß die Beihilfe zum Bahnbau deshalb vom Glogauer Kreistage abgelehnt worden wäre, weil Poltmis von der Bahn nicht berührt werden sollte. Die Ursache der Ablehnung lag vielmehr daran, daß bei der Abstimung achtzehn Mitglieder des Kreistages, welche sämmtlich für die Bewilligung der Beihilfe gestimmt hätten, aus mancherlei Gründen fehlten, während die Gegner sämmtlich zugegen waren, und doch fehlten nur 3 Stimmen zu der Zweidrittelmehrheit. Bei einem neuen Kreisbeschlusse werden jene achtzehn gewiß und zwar schon deshalb erwidern, weil die neue vorläufig vermessene Linie dem Kreise viel größere Opfer auflage, als die frühere. Denn in Geldsachen hört bekanntlich die Gemüthlichkeit auf. Es ist leicht, die bedeutende Vertheuerung der Bahn sogar mathematisch zu beweisen. Man darf nur die Entfernungen zwischen Lüben und Gransich, einerseits auf der bisher angenommenen Bahn über Raubten und andererseits über Poltmis, Mustern, wie jetzt vorge schlagen wird, auf der ersten hat der Raubten- und Glogauer Kreistage nachgemessen. Abgesehen von den besten Lüben und Glogauer Kreistage beschränkt, beträgt diese Entfernung Krümmungen, welche jede Eisenbahn beschreiben muß, beträgt diese Entfernung bei der Poltmis Route 4 1/2 Meilen, bei der Raubten 3 1/2 Meilen. Bei der Poltmis Route hat der Glogauer Kreis bis Gransich 2 1/2 Meilen weit das Terrain herzugeben, bei der Raubten nur 1 1/2 Meile. Bei der Poltmis Route giebt es ein bergiges Terrain zu überwinden, von der Raubten hat der Bergmeister behauptet, daß es kein bergigeres Terrain gäbe. Daß diese Unterschiede in den Entfernungen und in der Beschaffenheit des Terrains die Kosten der Bahn im Glogauer Kreise bedeutend erhöhen müssen, (ein Glogauer Blatt giebt die Werthlosen auf 250,000 Thlr. an), ist ebenso gewiß, als es mehr als wahrscheinlich ist, daß die Glogauer Kreistage lediglich den Poltmisern zu Gefallen, diese bedeutende Ueberhöhung nicht übernehmen werden, vorzüglich da sie nur einem kleinen Winkel im Kreise zum Vortheil dienen soll. Nach der Proposition des vorigen Kreistages sollte der Glogauer Kreis 57,636 Thlr. für den beregten Bau aufbringen, 39,386 Thlr. wolle die

Gesellschaft zu zahlen übernehmen. Da der Kreis unlängst 35,000 Tblr. aufgenommen hatte, fand er obiges Opfer mit Recht schon für sehr groß; was wird er jetzt sagen, wenn er noch vielleicht 200,000 Tblr. mehr aufnehmen soll, weil die Volkswirtschaft überdies hat die Freiburger Bahn-Direction dem Kreisstage damals erklären lassen, daß sie jene 39,386 Taler nur unter der Bedingung zahlen würde, wenn die Bahn über Rauten gebaut würde. Diese letztere Summe träte demnach jenen vom Kreise aufzubringenden Kosten noch zu und diese würden sich nun auf 97,022 Tblr. stellen, außer den enormen durch die neu vermessene Linie entstehenden Mehrkosten. Daß die Mehr-Unterhaltungskosten dieser früher bedeutend verlängerten Bahn alle Interessenten derselben nicht frohlich stimmen werden, liegt ebenfalls am Tage. Wenn, woran wir vorläufig unter den obwaltenden erschwerenden Umständen zweifeln, eine Begünstigung der neu vorgeschlagenen Linie wirklich eintreten sollte, so wären wir begierig, es zu erfahren, warum man von den bisher immer so stark und mit Recht betonten Gründen gegen dieselbe, von den Terrainhindernissen bei Polkwitz, von der in dortiger topographischer Gegend zu erwartenden niederen Rentabilität der Bahn, von dem Umstande, daß diese Linie zu nahe an den anderen Eisenbahnen liegt, von dem unentgeltlich im Steinauer Kreise dargebotenen Terrain (86 Morgen), endlich von dem königl. Ministerio gebilligten Haupttrasse abgesehen hat. Es wäre eine Aufzählung, annehmen zu wollen, daß der Steinauer Kreis den Bahnhof Gramschütz benutzen würde. Denn wer einmal, sei es im Personen- oder Waaren-Verkehr bis Gramschütz gekommen ist, fährt auch die 1 1/2 Meile noch bis Glogau und bringt, im letzteren Falle, wie bisher, oberflächliche Rollen von da zurück. Wir erinnern unsere Bemerkungen dahin, daß das neue Project, als weder im Interesse der Gesellschaft noch in dem des Glogauer Kreises liegend und die ohnehin großen Schwierigkeiten noch bedeutend vermehrend, weit entfernt, das Zustandekommen der Bahn zu befördern, dasselbe vielmehr für längere Zeit verhindern würde.

Provinzial-Bettung.

S. S. Breslau, 14. Oct. [Städtische Ressource.] Die am Sonnabend im Springerschen Saale abgehaltene Generalversammlung wurde, da der Vorsitzende, Herr Kaufmann Laßwitz, durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, durch seinen Stellvertreter, Herrn Kaufmann Hoffrichter, geleitet. Sie war von etwa 100 Mitgliedern besucht und nahm in Folge des höchst unparlamentarischen Auftretens einiger Teilnehmer zuweilen einen ziemlich stürmischen Verlauf, so zwar, daß der Vorsitzende einmal drohte, die Versammlung zu schließen. Schon gleich der erste Gegenstand der Tagesordnung: „Neuwahl des Vorstandes“, gab Gelegenheit zu heftigen Anstößen. Darin, daß der Vorstand, wie dies seither immer geschehen, getheilte Wahlzettel ausgegeben hatte, wurde von einer Seite eine Beschränkung der Wahlfreiheit gewünscht, und das Verfahren als Veranlassung benutzt, die gefamte Geschäftsabführung des bisherigen Vorstandes auf das Festigste anzuzweifeln. Die Versammlung erklärte jedoch, nachdem die Herren A. Delsner, Hülbrand, Dr. Zbiel und L. Cohn den Vorstand kräftig in Schutz genommen, und der Vorsitzende auf den nächstfolgenden Gegenstand der Tagesordnung verwiesen hatte, das Verfahren des Vorstandes für correct, und nahm nunmehr die Wahl vor, indem sie gleichzeitig einen Antrag des Herrn D. Zriebe ablehnte, welcher verlangte, die Generalversammlung wolle sich noch vor der Wahl über die Frage entscheiden, ob die politische Tendenz der Ressource beibehalten werden solle oder nicht. Zu einer eingehenderen Erörterung dieses Gegenstandes und einer Beschlufnahme über denselben würde wohl ein eingehender Antrag geführt haben, welcher dahin ging, daß künftig auch im Winter allwöchentlich Concerte stattfinden sollen, das also die politische Tendenz der Ressource entweder ganz fallen gelassen werde, oder doch mehr in den Hintergrund trete. Wenigstens benutzten die Herren Weder und Mitglied diesen Antrag, um theils auf's Neue sich in Anklagen gegen den bisherigen Vorstand zu ergeben, theils sich gegen die politische Tendenz der Ressource zu wenden, welche Ursache zum Verfall derselben geworden sei. Herr Hülbrand schritt jedoch die weitere Discussion über den Gegenstand dadurch ab, daß er beantragte, man möge die Entscheidung über obige Frage dem neuen Vorstande und einer demnach zu berufenden außerordentlichen Generalversammlung überlassen, welchem Antrage sich die Versammlung mit großer Majorität anschloß. — Demnach erfolgte die Rechnungslegung durch Herrn A. Delsner. Die Zahl der Mitglieder betrug am Anfang des Vereinsjahres 1034, davon gingen ab 366 und traten zu 60, so daß dieselbe gegenwärtig 728 beträgt. Concerte wurden 30, Männerbegrüßungen und Vorlesungen 20 gehalten. Die Einnahme betrug 1139 Tblr. 29 Sgr. 2 Pf., die Ausgabe 1068 Tblr. 29 Sgr. 3 Pf., wovon etwa 850 Tblr. 18 Sgr. 10 Pf. auf Vergütungen, und nur 77 1/2 Tblr. auf politische Zwecke, 114 Tblr. auf allgemeine Kosten kommen. Die im vorigen Jahre veranstaltete Sammlung für eine Weihnachtsfeierung hat 377 Tblr. 6 Sgr. 5 Pf. ergeben, die bis auf einen für gleiche Zwecke aufbewahrten Rest von 25 Tblr. 25 Sgr. 1 Pf. zur Verwendung gekommen sind. Dem Kassirer wird auf Antrag der Assen-Revisionen Schadow und Joachim Decharge ertheilt. Ein Antrag des Herrn Klose auf Auflösung der Ressource konnte, da er beim Vorstande nicht rechtzeitig eingebracht worden ist, nicht zur Verhandlung gelangen und wurde der nächsten General-Versammlung vorbehalten. Schließlich wurde das Resultat der Wahl verlesen. Es erhielten bei 92 gültigen Stimmzetteln die Herren Joachim 81, Stade 80, Jacob 79, Dr. Steuer 77, Dittberner 71, Schütz 70, Krause 57, Dr. Stein 56, Laßwitz 56, Sturm 52, Dr. Gaer 50, Dr. Aßh 49, Broß 47, Bergel 47, Hoffrichter 45, Franke 41, Bouneß 40, Lindner 40 und Schadow 39 St. Es haben jedoch eine Wiederwahl bereits abgelehnt oder lehnen ab die Herren Laßwitz, Bouneß, Franke, Dr. Eger, L. Cohn, Hoffrichter, Schadow, Krause, Stein, doch sollen dieselben bezüglich der Annahme der Wahl nochmals befragt werden. Die nächstmeisten Stimmen erhielten die Herren L. Cohn mit 36, Schädle 36, Farkheimer, Volz, Burkhardt, Gähne je 34, Dr. Zbiel 30, Hofmann 28, Langer 26, Leichmann 24 und Kändler 23 Stimmen, aus denen sich demnach der Vorstand eventuell zu ergänzen haben würde.

Görlitz, 14. Octbr. [Falschmänner.] Am Sonntag Abend wurden hier die Arbeiter Walter aus Friedeberg a. D. und Knobloch aus Nieder-Bielau wegen Falschmännerei verhaftet. Dieselben hatten versucht, in einem hiesigen Tanzloale falsche preussische Biergroßstücke als Entree anzugeben, was zu einer polizeilichen Recherche Veranlassung gab, durch welche noch mehrere falsche Biergroßstücke und die bei Anfertigung derselben gebrauchten Werkzeuge in deren Wohnung aufgefunden wurden. (Anz.)

H. Gaiuau, 11. October. [Straßen-Physiognomie.] In den Verkehrsmitteln des Kreises ist dadurch eine sehr erhebliche Verbesserung eingetreten, daß sich im Laufe des Jahres die längst ersehnte Abtragung des sogenannten „Höllnerberges“ vor Goldberg, ein Theil der Buzslau-Goldberger und Gaiuau-Goldberger-Eisenberger Chaussee hat in Angriff nehmen lassen, wodurch dieselbe unmittelbar vor unserer Nachbarstadt auch die zweckentsprechende Verlegung einer kurzen Strecke erhalten hat. Schon vor Jahren hatte die äußerst beschwerliche und gefährliche Passage über gedachte Höhe die dort wohnhaften Vorwerkbesitzer Hiedel und Länger bewogen, Anregung zu einem Verein zu geben, welcher die nöthigen Gelder aufbringen sollte, um gedachte Straße (Chaussee), die in Neudorf am Rennwege als Wegweis-Eisenberger Straße von der Goldberger-Gaiuauer sich abzweigt, zu verlegen und in einer leichteren Aufsteigung dicht hinter dem Mendelschen Gehöft, wie es eben jetzt geführt wird, um den für Fußwerk so höchst gefährlichen steilen Berg herum zu leiten. Endlich hat nunmehr Fiskus den Bau dieser Straße in die Hand genommen. Auf ihr ruhen von Fuhrleuten wohl Millionen Fläche, und die ärgsten Dierquälereien sind dort verübt worden, uneingedenk der vielfachen leichten und schweren Unfälle, welche Menschen und Fuhrwerk betroffen haben. — Wenn auch weniger gefährlich, aber doch geeignet, um gegenwärtig wieder im fast jübhorischen Morale hilflos „hocken zu bleiben“, ist eine unmittelbar unsere Dörfer vorstadt berührende Strecke derselben Gaiuau-Goldberger Chaussee und Gaiuau-Eisenberger Straße. Schon seit Jahren ist dieser Straßenheil in einem Zustande, welcher Fuhrwerk und Fußgänger ungebührlich belästigt; seit Jahren sind laute Nothschreie deshalb erhoben worden, aber immer vergeblich, trotzdem gedachte Strecke gerade auch von denen des itern passirt wird, welche gar leicht Abfälle eintreten lassen könnten, umso mehr, da diese sich mit sehr geringem Kostenaufwande ausführen läßt. Dabei sei auch des monatelangen grauenhaften Zustandes unserer beiden Hintersassen Erwähnung gethan. Regionenweise reihen sich hier im buntesten Chaos Sandbügel, Steinhausen, aufgerissenes Straßengraben und noch schlimmere Dinge auf und aneinander, und man muß von ziemlicher Körperlänge und gut befestigt sein, wenn man nicht über solche entgegenstehende Hügel in weicher Tiefe des aufgerissenen Pflasters steden bleiben will. Das Pflaster des armen Holzhandlers sind der altergraue Droschkengaul teucht und senkt mit den diensthäufigen Hausgeistern unter der Last, die bei solch erschrecklicher Straßenbeschaffenheit sich erheblich steigert.

— Ratibor, 14. Octbr. [Die Kinderpest], deren Ausbruch in zwei Orten des hiesigen Kreises wir gestern gemeldet, ist leider auch noch in vier andern Ortsteilen, nämlich Ellguth-Amortau, Mania (nicht an Ratibor), Brzeznitz und Gierwenzig zum Vorschein gekommen. Die strengsten Maßregeln zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Seuche sind angeordnet.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Barometerstand bei 0 Grad in vacuo, Temperatur der Luft nach Reaumur, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau, 15. Oct. 10 H. Ab. and 15 Oct. 6 P. M.

Breslau, 15. Oct. [Wasserstand.] D. P. 17 3/4, 4 3/4, U. P. 4 3/4, 2 3/4. [Breslauer Börse vom 15. Octbr.] Schlus-Course (1 Uhr Nachm.)

Table of commodity prices: Weizen, weisser 117-120, 114-108-112, Gerste 64-66, 63-59-61, etc. Includes prices for Raps, Wintererbsen, Sommererbsen, and Dotter.

Loco (Kartoffel-) Spiritus pr. 1000 Dzt. bei 80% Tralles — Br., — Gld. Official getündigt: — Str. Weizen, 1000 Str. Roggen, — Str. Hafer, — Str. Leintuchen, 200 Str. Rüböl, — Str. Leinöl, — Ort. Spiritus.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 15. October. Der „Moniteur“ berichtet ein Gesetz im Kirchenstaate am 13. d. Mts., wo 90 Päpstliche 300 Garibaldianer, welche den Weg nach Rom über die Alpen, zerstreut. Die Freischaren wurden genöthigt, ihre Stellungen aufzugeben. (Wolff's L. B.)

London, 15. October. Regen. Anhaltende Bankausgänge nach dem Continent. (Wolff's L. B.)

Konstantinopel, 14. October. In Syrien und Thessalien hat die Aushebung der Rekruten bis 5 pCt. der Bevölkerungsböhe stattgefunden. Die Pforte beschleunigt die Rüstungen Angesichts der Haltung der Serben. (Wolff's L. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 14. Octbr., Nachm. 3 Uhr. Matthe Haltung. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94 1/2 gemeldet. — Schlus-Course: 3proc. Rente 68, 37 1/2 - 68, 12 1/2 bis 68, 17 1/2. Italien. 5proc. Rente 45, 30. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 472, 50. Credit-Mobil-Actien 175, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 365, 00. Oester. Anleihe von 1865 pr. opt. 326, 25. 6% Verein. Staats-Anleihen pr. 1882 (ungef.) 80%.

London, 14. Octbr., Nachm. 4 Uhr. Schlus-Course: Consols 94 1/2, Spanier 30 1/2, Italien. 5% Rente 45 1/2, Bombardier 14 1/2, Mexicaner 15 1/2, 5% Russen 85, Neue Russen 87 1/2, Silber 60% nom. Türktische Anleihe von 1865 31 1/2, 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 71 1/2, Watt schließend. Frankfurt a. M., 14. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schlus-Course: Wiener Wechsel 94 1/2, Simländische Anleihe 83 1/2, Neue Simländische 4 1/2, Pfandbriefe 94 1/2, 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 73 1/2, Oester. Bank-Antheile 645, Oester. Credit-Actien 162 1/2, Darmstädter Bank-Actien 198, Rheininger Credit-Actien —, Oester. Franz. Staatsbahn-Actien 221 1/2, Oester. Elisabethbahn 111, Böhmische Westbahn —, Rhein-Nahbahn —, Ludwigsbahn —, Verbach 149 1/2, Hessische Ludwigsbahn —, Darmst. Zettelbank 241, Oester. 5% steuerf. Anleihe 46, 1854er Loose —, 1860er Loose 65 1/2, 1864er Loose 68 1/2, Babilische Loose 51 1/2, Kurhessische Loose 53, 5% Oester. Anleihe von 1859 57 1/2, Oesterreich. National-Anleihe 51, 5% Metalliques —, 4% Metall. —, Oester. Prämien-Anleihe 96 1/2, Neue Badische Prämien-Anleihe 94, Matt und sehr stille.

Wien, 14. Oct. [Schlus-Course.] 3proc. Metall. 55, 50. National-Anlehen 64, 60, 1860er Loose 80, 70, 1861er Loose 72, 10, Credit-Actien 172, 70, Nordbahn 167, 00, Galizier 206, 00, Böhm. Westbahn 133, 50, St.-Eisenb.-Actien-Cert. 233, 90, Lombard. Eisenbahn 177, 00, London 124, 60, Paris 49, 40, Hamburg 91, 70, Kassenscheine 183, 00, Napoleons-d'or 9, 94 1/2, Geschäftstill.

Wien, 14. Oct. [Abendbörse.] Credit-Actien 172, 60, Nordbahn 166, 50, 1860er Loose 80, 80, 1864er Loose 72, 00, Staatsbahn 233, 50, Galizier 206, 00, Steuerfreie Anlehen —, Napoleons'd'or 9, 94, Anglo-Austria-Bank —, Ungarische Creditactien —, Anfang flau, Schlus beliebt.

Hamburg, 14. October, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Gedrückt. Oester. franz. Staatsbahn 466, Italienische Rente 43 1/2, Lombarden 352 1/2, — Schlus-Course: Hamburg. Staats-Prämien-Anleihe 85 1/2, National-Anl. —, Oesterreichische Credit-Actien 68 1/2, Oesterreichische 1860er Loose 64 1/2, Mexicaner —, Vereinsbank 110 1/2, Norddeutsche Bank 116 1/2, Rhein. Bahn 114, Nordbahn 94, Altona-Kiel —, Simländische Anleihe —, 1864er Russ. Prämien-Anleihe 93 1/2, 1866er Russ. Prämien-Anleihe 87 1/2, 3proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 67 1/2, Disconto 2 pCt.

Hamburg, 14. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen loco begehrt, auf Termine 1 1/2 Tblr. höher, pr. Octbr. 5400 Pfd. netto 184 Bancohalter Br. u. Gd., pr. Octbr.-Novbr. 182 1/2 Br., 182 Gld. Roggen loco rubig, auf Termine sehr beschränktes Geschäft, pr. Octbr. 5000 Pfd. Brutto 134 Br., 133 1/2 Gd., pr. Oct.-Novbr. 131 Br., 130 1/2 Gd. Hafer knapp. Spiritus rubig, 34 nominell. Rüböl fest, aber stille, loco 2 1/2, pr. October 2 1/4, pr. Mai 2 5/8. Kaffee gutes Consumgeschäft. Zint fest gehalten.

Antwerpen, 14. Octbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Rubig und geschäftlos. Raffin. Type weiß, loco 58, pr. October 58, pr. October-November 59, pr. November-Dezember 59, pr. Januar-Februar 59 Franc.

Liverpool, 14. October, Mittags. Baumwolle: 20,000 Ballen Um'ah. Steigend. Middling Amerikanische —, New-Orleans 8 1/2, Georgia 8 1/2, Fair Dhollerah 6, Middling fair Dhollerah 5 1/2, Good middling Dhollerah 5 1/2, Bengal 4 1/2, Good fair Begal 5 1/2, Fine Bengal —, New fair Domra 6, Fair Domra —, Good fair Domra 6 1/2, Pernam 8 1/2, Egyptian —, Smyrna 6 1/2.

Paris, 14. Octbr., Nachm. Rüböl pr. October 99, 25, pr. Novbr.-Dezbr. 99, 00, pr. Januar-April 99, 00, Mehl pr. October 88, 75, pr. Novbr.-Dezember 88, 75, Semmel pr. October 67, 00.

London, 14. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangener Montag: Weizen 43,943, Gerste 6398, Hafer 47,258 Dtrts. Englischer Weizen 3, fremder 2-3, Gerste 1, Erbsen 1, Hafer bei schleppendem Geschäft 1/2, Stapsmehl 4, Bohnen, Erbsen 2 Sh. theurer. Schnees Wetter.

Amsterdam, 14. October. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Roggen pr. October 296, pr. März 302, pr. Mai 297. Raps pr. October 73, pr. April 76 1/2. Rüböl pr. October-Dezember 30 1/2, pr. Mai 41 1/2.

Berlin, 14. October. Die Börse eröffnet die neue Woche flauer, als die vergangene geschlossen hat. Die Drohungen der für officin geltenden Pariser Journale mit einer Intervention in Italien geben den beruhigenden Nachrichten der vorigen Woche ein unerwartetes Dementi und die Börse beschließt die Besorgnis vor einem Conflict von unübersehbarer Ausdehnung. Die Stunde, die sämtliche Effecten-Gattungen ohne Ausnahme in die zweite Ebene drückt, beherrscht, ließ später nach, und mit ihr besserte sich auch die allgemeine Meinung, zumal sich zeigte, daß zu den gewöhnlichen Coursen einzelne Devisen des auswärtigen Speculationsmarktes doch Nehmer fanden und daß natürlich italienische Rente und Amerikaner besonders in den Kassencoursen ziemlich Festigkeit behaupteten. Italiener am Schlusse in steigender

und lebhafterer Bewegung. Gleichwohl konnte ein Umschwung der Stimmung nicht besonders sichtbar hervortreten, da doch in den meisten Geschäftsbüchern bei allem Entgegenkommen der Verkäufer eigentlich die Kaufkraft ausblüht. In ruffischen und hiesigen Fonds war kein Leben, die Course namentlich der letzteren erschienen gedrückt und Angebot vorherrschend; Credit etwa 1 pCt. schlechter. Rumänische Anleihe 59 Br. Außer den genannten Italienern und Amerikanern war nur noch in Franzosen und Lombarden etwas bewegterer Umschwung Ende gleichfalls mit wiederhergestellter Festigkeit. Sonst hatte die Börse nur in berechneten, durch zufällige Ordres angeregten Papieren einiges Geschäft, u. A. in 4 1/2 proc. Mastrichter Prioritäten. Eisenbahnactien hingegen waren in Beziehung sämtlichen inländischen Emissionen leblos und matter, Obdlicher allein etwas höher; die gangbareren Devisen, Bergisch-Märkische, Köln-Rheinener, Rheinische 1/2 - 1/2 pCt. niedriger in kleinem Umschwung, Stettiner erheblich schlechter. Preussische Fonds Anfangs matter, später mehr Begehrt für Staats-Schuldenscheine. Banken bei dem kleinsten Verkehr im Ganzen fest. Disconto 2 1/2 pCt. Börsenschluß günstiger. — Prämie für Amerikaner pr. ult. October 75 - 1/2, pr. ult. November 75 1/2 - 1/2, pr. ult. Dezbr. 75 1/2 - 1/2. (B. u. S. B.)

Berliner Börse vom 14. October 1867.

Table of stock and bond prices: Fonds- und Gold-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Dividende pro 1866, 1868. Lists various securities like Staats-Anl., Präm.-Anl., and various bank and industrial stocks.

Table of bank and industrial paper prices: Bank- und Industrie-Papiere. Lists prices for various banks like Berl. Kassenz-V., Braunschw. B., Bremer Bank, etc.

Berlin, 14. October. Weizen loco 88-106 Tblr. nach Qualität. — Roggen loco 72-74 Tblr. nach Qualität, 78-80 Pfd. 74-75 Tblr. ab Bahn bez. — Rüböl loco 1 1/2 Tblr. — Spiritus loco ohne Faß 26 1/2 Tblr. bez., pro Oct. 25 1/2 - 27 1/2 Tblr. bez., Oct.-Nov. und Nov.-Dezbr. 20 1/2 - 19 1/2 - 20 Tblr. bez. u. Gld., 1/2 Tblr. Br., April-Mai 21 - 20 1/2 Tblr. bez. u. Gld., 20 1/2 Tblr. Br.

Breslau, 15. October. Am heutigen Markte zeigte sich, mit Ausnahme von Weizen, ruhige Kaufkraft, bei der sich Preise nur schwach behaupteten.

Weizen besonders in gelber Waare lebhaft begehrt, pr. 84 Pfund schlechterer Weizen 106-118 Sgr., gelber 105-116 Sgr., feinste Sorte 2-3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen matter, pr. 84 Pfd. 84-87 Sgr., feinste Sorte 1-2 Sgr. über Notiz bezahlt. — Gerste ruhiger, pr. 74 Pfund gelbe 59-61 Sgr., helle 63 Sgr., weisse 64-61 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer preisbehaltend, pr. 50 Pfund 34-37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen behauptet. — Widen wenig angeboten, pr. 90 Pfd. 54 bis 56 Sgr. — Delikatessen bei fester Stimmung, neuerdings höher begehrt. — Lupinen ohne Handel, pr. 90 Pfd. — Bohnen schwach begehrt, pr. 90 Pfd. 85-94 Sgr. — Schlaglein angeboten. — Rapsstücken mehr begehrt, 54-57 Sgr. pr. Ctr. Kleefaat bei ruhiger Stimmung, rothe 13-14-15 1/2 Tblr., weisse 14-16-18 Tblr. pr. Ctr. Kartoffeln pr. Sad a 150 Pfd. 28-38 Sgr., Mehl 1 1/2 - 2 Sgr.

Wohl- und Getreidesäcke in allen Größen von Leinwand und Drillisch und Leinwand zu Säcken, Wagenplanen, Matrasen u. empfiehlt zu ermäßigten Preisen Aug. Schwirkus in Briesg, Fabrik leinener Waaren. [3923]

Die Dampf-Knochenmehl-Fabrik, F. Scherner in Sosnowice empfiehlt gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat und Hornmehl. [2909]

Herrmann Stenzel, General-Agentur für Schlesien u. Posen und Fabriklager: Nikolai-Stadtgraben 3a. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stenzel. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.